

Grösste Belastung für die ärmsten Haushalte

Bei einer Annahme der drei Energievorlagen (Solarinitiative, Förderabgabe, Umweltabgabe) gäbe es klare Verlierer, welche am Schluss einen Grossteil der Zeche bezahlen müssten. Die richtige Antwort auf diese unfairen Belastungen einzelner Bevölkerungs- und Wirtschaftsgruppen kann deshalb nur lauten: **3x Nein zu neuen Steuern auf Energie!**

In der Schweiz ist der Energiekonsum gemessen an der global verbrauchten Energiemenge verschwindend klein. Dies gilt auch für die Umweltbelastung durch Kohlendioxid (CO₂): Der CO₂-Gesamtausstoss auf dem Gebiet der Schweiz macht marginale 0,2 Promille aller global durch den Menschen verursachten CO₂-Emissionen aus. Betreffend Energieeffizienz belegt unser Land weltweit einen absoluten Spitzenplatz. Ausserdem schlägt gemäss dem kürzlich aktualisierten Warenkorb des Landesindex' der Konsumentenpreise der Bereich „Wohnen und Energie“ mit rund 27 Prozent und der Bereich „Verkehr“ mit rund 9,5 Prozent zu Buche. Die besagten beiden Gruppen machen demnach zusammen fast 37 Prozent des gesamten Warenkorbs von Frau und Herrn Schweizer aus. Angesichts dieser Tatsache erstaunt es umso mehr, dass die Schweiz mittels neuen, vordergründig ökologisch motivierten Abgaben die Energie massiv verteuern will. Fest steht laut einer Studie der Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich: Falls neue Steuern auf den nicht erneuerbaren Energieträgern erhoben würden, gäbe es einige klare Verlierer, die letztlich einen Grossteil der Zeche bezahlen müssten.

Wer sind die Verlierer?

Zwar wird bei der Umweltabgabe bzw. deren Kombination mit der Förderabgabe die unterschiedliche Kostenbelastung der Wirtschaftszweige durch Sonderregelungen stark abgefedert. Wer aber nicht in den Genuss dieser Sonderregelungen kommt, muss mit Absatzrückgängen rechnen. Dies gilt insbesondere für das **Transportwesen**, das sich zu grossen Teilen auf der Strasse abwickelt und wesensgemäss eine hohe Energieintensität aufweist. Im Jahr 2010 muss es eine monetäre Belastung von einem Prozent des Umsatzes gewärtigen. Damit wird der bereits vielfach arg gebeutelte Transportsektor aufs neue zur Kasse gebeten. Da er am höchsten belastet wird, ist er von allen Branchen der grösste Verlierer.

Weitere Verlierer sind die **privaten Haushalte**, insbesondere Rentner und tiefe Einkommensklassen. Private Haushalte, die kein Arbeitseinkommen (vor allem Rentner) erzielen, sowie jene, die ein niedriges Einkommen *und* einen hohen Energieeinsatz (z.B. in abgelegenen Bergregionen) aufweisen, werden besonders negativ von der Umweltabgabe tangiert. Bei in Bergregionen gelegenen Rentnerhaushalten mit niedrigem oder gar keinem Einkommen ist die Einbusse am höchsten. Ungeachtet des Alters ist die Belastung für die 10 Prozent ärmsten Haushalte, die über ein durchschnittliches Bruttoeinkommen von 35'000 Franken pro Jahr verfügen, am grössten.

Einflussnahme ist praktisch gleich null

Private Haushalte, deren Ausgaben für (nicht erneuerbare) Energieträger bzw. für Güter mit hohem Energiegehalt einen überdurchschnittlich hohen Teil des Haushaltbudgets ausmachen, sind durch die Energieabgaben stärker betroffen. Dies ist in erster Linie bei Haushalten mit tiefem Einkommen der Fall. In zentrumsfernen Gebieten stehen die höheren Transportkosten klar im Vordergrund; in Bergregionen kommt noch der überdurchschnittliche Bedarf an Heizenergie hinzu. Die Energieabgaben haben also einen ganz direkten Effekt auf die Konsumenten von namentlich **Treibstoff** und Heizöl. Hauptsächlich im Bereich der Heizkosten ist die Möglichkeit praktisch nicht vorhanden, dass der einzelne (Mieter-)Haushalt wesentlichen Einfluss auf sein Konsumverhalten ausüben kann. Ähnlich wenig Einfluss nehmen kann der einzelne Fahrzeuglenker, der notgedrungen auf sein Vehikel angewiesen ist, im Bereich der Treibstoffpreise.

Wissenswertes und aufschlussreiche Informationen kommen zudem aus dem Bundesamt für Energie (BFE). Gemäss dem BFE geben Haushalte mit relativ tiefen durchschnittlichen Einkommen prozentual am meisten für **Verkehr** und Energie aus. Diese Ausgaben sind in Gross- und Mittelzentren im Durchschnitt am kleinsten – in touristischen und ländlichen Regionen sowie in Kleinzentren und Pendlergemeinden hingegen deutlich höher. Brisantes Detail: Die Haushalte in touristischen und ländlichen Gemeinden sowie in Kleinzentren weisen zugleich die tiefsten Einkommen aus.

3x Nein zu neuen Steuern auf Energie

Es ist nicht einzusehen, weshalb ausgerechnet auf dem Buckel der Transportbranche (einmal mehr!) und der privaten Haushalte (v.a. jene mit tieferen Einkommen) Energieabgaben erhoben werden sollen. Deshalb: Nein zu einer Umweltabgabe, die mit volkswirtschaftlichen Kosten verbunden ist. Nein zur Förderabgabe sowie Nein zur Solarinitiative, die beide ein neues Subventionskarussell ankurbeln, das einen hohen administrativen Aufwand erzeugt und dem beträchtliche volkswirtschaftliche Unsicherheiten anhaften.

Bern, den 28. Juli 2000